

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8.50 M. für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Ostpreußen 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. jährlich. Postumschlag, per Brief für Deutschland und Ostpreußen 20.00 M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36 und 9768.

Die abbestellte Kopierpresse über dem Raum kostet 1.- M., einschließlich Einrichtungsarbeiten. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Einrichtungsarbeiten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 1.50 M. netto pro Zeile. Stellenangebote in Wortanzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, Buchhandlung Zentrum 2648 „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2020.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Regierung und neuer Reichstag

Das Regierungsprogramm.

Die Rede, die der neue Reichskanzler gehalten hat, war die erste Rede eines ernstlichen Mannes, und auch der politische Gegner wird Herrn Fehrenbach glauben, daß er nicht leicht das schwere Amt übernimmt hat. Auch das Programm, das Herr Fehrenbach durchführen will, enthält vieles, dessen Verwirklichung möglich wäre. Die neue Regierung hat es auch sorgfältig vermieden, Lüne auszusprechen oder Gesetze anzufordern, die als Herausforderung der Arbeiterklasse wirken können. Im Gegenteil, Herr Fehrenbach hat mit großem Nachdruck seinen Willen bekundet, nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern mit ihr zu regieren. Wir wollen sein eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleichs der Gegensätze, des Aufbaus an der gesamte deutsche Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung unseres zusammengebrochenen Vaterlandes.

So sprach Herr Fehrenbach drinnen im Parlament. Draußen aber, in der rauhen Wirklichkeit, da stehen sich die Gegensätze schroff in vorher nicht gekannter Schärfe gegenüber. Da zwingen die Klassen um die Macht, die eine in ihrer Herrschaft erschüttert und zum äußersten entschlossen, sie zu behaupten, die andere schwer kämpfend, unter einer ungeheuren Last dahinknirschend, vom Kriegselend gereinigt, und doch entschlossen, den Kampf fortzuführen in dem unerschütterlichen Glauben, daß der Sinn der geschichtlichen Entwicklung ihren Sieg verbürgt.

Die Regierung Fehrenbach, die die Versöhnung und den Ausgleich dieser Gegensätze als ihr Programm verkündet, ist selbst nur der Ausdruck der Tatsache, daß augenblicklich in Deutschland sich die sozialen Kräfte in einem gewissen Gleichgewicht befinden, daß keine der beiden Kräfte bereits ein entscheidendes Übergewicht erlangt hat. Daher diese Regierung des Ausgleichs, und daher diese rein parlamentarische Illusion, daß der Ausgleich auf die Dauer möglich, daß er mehr als ein vorübergehender Regierungsbesehl sein kann.

Herr Fehrenbach sprach in seiner Erklärung von der Kontinuität der Regierungspolitik, die gewahrt werden müsse und bezeichnete so seine Regierung als eine Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik. Das ist nur der Ausdruck der bisherigen Erkenntnis. Die Arbeiterklasse ist in Deutschland bereits so stark, daß sie auf die Regierungspolitik unmittelbaren Einfluß ausübt, auch ohne daß ihre Vertreter an der Regierung teilnehmen. Das besagt aber auf der anderen Seite, daß auch Vertreter der Arbeiterklasse in der Regierung nichts Wesentliches an der Gesamtpolitik ändern könnten. Auch sie könnten im besten Fall nur an der Systemarbeit des Ausgleichs der Gegensätze, der Versöhnung der Klassen ihre Kräfte erlassen sehen. Im besten Falle; denn wie es im andern kommen kann, das hat ja die frühere rechtssozialistische Koalitionsregierung gezeigt, in der die Rolle und Seine zu Mitteln und Schergen der Bourgeoisie geworden waren.

Diese Mitarbeiterschaft sozialistischer Vertreter in der Regierung bedeutete aber keine Stärkung der Arbeiterklasse selbst, vielmehr ist sie, indem sie entweder schädliche Illusionen erweckt oder verberblichen Zwiespalt in die Arbeiterklasse trägt, nur eine Quelle der Schwäche. Es ist eben eine Einbildung derjenigen, die die politische Macht nur nach der Anzahl der besetzten Verwaltungsposten bemessen, daß Teilnahme an der Regierung stets eine Stärkung der wirklichen Macht bedeute. Sie wird es nur dann, wenn die soziale Kräfteverteilung es ermöglicht, wirklich im Sinne der Machtverteilung des Proletariats und der Verwirklichung seiner Ziele zu wirken.

Nicht in der Teilnahme an der Regierung, sondern in der Gewinnung neuer Mitkämpfer, in der Ausbreitung und Vertiefung des sozialistischen Bewusstseins, in der Bewerkstelligung der Entschlossenheit in den Massen, mit einem Worte in der Verschärfung der sozialen Kräfteverteilung zugunsten der Arbeiterklasse liegt für uns das Arbeitsfeld. Die Klärung der Machtverteilung in der Gesellschaft ist für uns die Vorbereitung, um eine künftige Teilnahme an einer Regierung zu ermöglichen, die dann nicht eine Regierung des sozialen Ausgleichs, sondern die des Aufbaus der Gegensätze, nicht eine Regierung der Klassenversöhnung, sondern der Befreiung der Klassenherrschaft und damit der Klassenunterschiede überhaupt, nicht eine Regierung des kapitalisti-

schen Wiederaufbaus, sondern des sozialistischen Neubaus der Gesellschaft sein wird.

Und damit ist unsere Stellung zu dem Programm, das Herr Fehrenbach vorgebracht hat, gegeben. Was aber die Stellung zu der Regierung anbelangt, so wollen wir nicht daran vergessen, daß in dieser Regierung — abgesehen von allem andern — die Vertreter der Deutschen Volkspartei, d. h. der Partei der großkapitalistischen Interessen sitzen, wir wollen nicht vergessen, daß diese Partei nicht Ausgleich und Versöhnung, sondern Wiederherstellung der Klassenherrschaft anstrebt, und wir ziehen daraus den Schluß, daß wir nur mit immer wachem Mißtrauen dieser Regierung gegenüberstehen dürfen. Wir wissen genau, daß das Maß von Feindseligkeiten gegen die Arbeiterklasse bei den bürgerlichen Parteien nur durch einen Umstand bestimmt ist, durch die Kraft, über die die Arbeiterklasse selbst verfügt.

Mit dem Gesagten fällt auch das in sich zusammen, was Herr Scheidemann gegen die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie während der Regierungsreise vorgebracht hat. Herr Scheidemann war nicht sehr glücklich, und es war eine arge politische Ungeschicklichkeit, unserer Partei von vornherein das Recht abzuspochen, gegen diese Regierung Anklagen zu erheben, weil unsere Nichtbeteiligung an einer Koalitionsregierung diese Regierung erst ermöglicht hätte. Denn hätte Herr Scheidemann so recht, wie er unrecht hat, so wäre der einzige Erfolg doch nur der, daß damit die Abwehrkraft gegen die Vorstöße einer solchen Regierung zum Schaden der gesamten Arbeiterklasse geschwächt würde.

Aber diese Agitationsphrase ist überhaupt das Gegenteil der Wahrheit. Denn gerade die Unabhängige Sozialdemokratie hat das Recht, jeder Regierung, die gegen die Arbeiterklasse vorgeht, entgegenzutreten, weil sie sich nicht wie die Rechtssozialisten durch Teilnahme an solchen Handlungen kompromittiert hat. Gerade weil wir stets den proletarischen Klassenkampf ohne jede Rücksichtung geführt haben, brauchen wir nicht zu fürchten, daß uns jene Widersprüche zwischen Wort und Tat vorgeworfen werden können, die man Rechtssozialisten nur zu leicht nachweisen könnte.

Scheidemanns Phrase ist aber auch deshalb so falsch, weil die wirkliche Verantwortung dafür, daß heute eine rein bürgerliche Regierung sich dem ersten Reichstag der deutschen Republik präsentiert, nicht zuletzt den schweren Versäumnissen geschuldet, die seine Partei und ihre Führung auf dem Gewissen hat. Damals, als am 9. November nach dem Zusammenbruch des alten Systems der Arbeiterklasse die Macht zugefallen war, da waren die sozialen Verhältnisse einer ganz anderen Ausnutzung dieser Macht günstig; damals haben Scheidemann und seine Freunde das verhindert, und wenn er heute als Führer einer Oppositionspartei wider Willen auch eine Reihe sozialistischer Forderungen, wie vor allem die nach der Sozialisierung des Bergbaus, aufstellte, so war das zugleich eine Aufzählung schwerster Versäumnisse, und in Wirklichkeit weniger eine Kampfanlage, als eine Selbstanklage.

Scheidemanns Rede war überhaupt gedrückt und matt und entsprach der unsicheren Stellung seiner Partei, die, nicht geleitet von den festen Grundsätzen sozialistischer Politik, sich einer Regierung gegenüber findet, die dasselbe Programm des sozialen Ausgleichs und des Wiederaufbaus verkündet, mit dem die Rechtssozialisten selbst Schiffbruch erlitten haben. So steht diese Partei, die nicht mehr Regierungspartei ist, aber auch nicht Oppositionspartei, abwartend der Regierung gegenüber, von den Ereignissen in ihrer künftigen Haltung abhängig und bestimmt, während sie selbst es unternimmt, diese Ereignisse zu meistern.

Daß Herr Scheidemann sehr aggressiv gegen uns und recht verächtlich zur bürgerlichen Regierung sprach, kennzeichnet die Situation. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie steht im Gegensatz zu der Regierung, weil sie im Gegensatz steht zu dieser ganzen bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Sie allein ist in diesem Parlament die grundsätzliche Oppositionspartei, weil sie allein die Trägerin des proletarischen Klassenkampfes ist.

Herr Fehrenbach behandelte eingangs seiner Rede die auswärtige Politik. Er erklärte, daß der Fried-

ensvertrag nach allen Kräften erfüllt werden müsse. Er beklagte das tiefe Mißtrauen, das immer noch gegen Deutschland herrsche, und erklärte, daß wir als „Arbeitsgenossen aller Völker“ unsere Kraft für Erreichung des wahren Friedens zwischen den Völkern einsetzen werden.

Die Erklärungen waren ziemlich dürftig, und Herr Fehrenbach erklärte dies damit, daß die Besprechung in Spaa bedauerliche, über die er vorher nichts mitteilen konnte. Wir vermessen vor allem, daß Herr Fehrenbach nichts über die andere, nicht minder dringende große Frage unserer auswärtigen Politik gesagt hat, über unser Verhältnis zu Rußland. Mit Recht hat Ledebour hervorgehoben, daß die Wiederherstellung des Friedenszustandes und die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland eine der notwendigen Bedingungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht nur Deutschlands, sondern der Welt ist. Aber auch in Spaa wird unsere Politik höchstens dann einen Erfolg aufzuweisen haben, wenn den Worten des Kanzlers auch die Handlungen folgen. Der Kampf um die Beibehaltung der Wehrmacht, den das Reichswehrministerium führt, ist nun einmal nicht geeignet, das Mißtrauen zu zerstreuen. Und wenn in Spaa die Vermittlung einen Sieg errufen soll, dann muß allerdings das wirtschaftliche Programm, das dort von deutscher Seite vorgelegt wird, ein solches sein, daß es der gemeinsamen Arbeit von der der Reichskanzler sprach, zur Grundlage dienen kann. Das letzte Hindernis ist freilich, worauf wieder Ledebour hinwies, auch hier das imperialistische Machtstreben und der kapitalistische Konkurrenzstreit. Die deutsche auswärtige Politik wird erst lernen müssen, daß sie ihre wichtigste Unterstützung nur finden kann in dem erstarkenden Einfluß der Arbeiterparteien. Die endgültige Revision des Versailler Friedensvertrages wird erst der Normarsch des Sozialismus bringen.

Nachdem Herr Fehrenbach in der Vormittagssitzung sein Programm entwickelt hatte, kamen in der Nachmittagsitzung des Reichstags die Vertreter der drei großen Oppositionsparteien zum Wort. Zwei von ihnen kündigten eine lokale Opposition an; unser Genosse Ledebour dagegen ließ keinen Zweifel darüber, daß die Unabhängige Sozialdemokratie auch künftig von Boden des Klassenkampfes nicht weichen werde.

Zuerst sprach Scheidemann erwiderte, wie Ledebours es nachher unter verständnisvoller Feittheit des ganzen Hauses feststellte, er las, wie üblich, seine sorgfältig präparierte Rede ab. Bei Herrn Scheidemann weiß man stets vorher, was er sagen wird. Man braucht nur die Kernsätze der Leitartikel der rechtssozialistischen Presse aus den letzten Wochen zusammenzustellen, und eine Scheidemannsche Rede ist fertig. Den unabhängigen Sozialdemokraten machte er den Vorwurf, daß sie schuld daran seien, daß wir jetzt eine rein bürgerliche Regierung hätten, und er kündigte an, daß die Arbeiter sich wieder zu der rechtssozialistischen Partei zurückfinden würden. Die Regierung behandelte er mit größtem Wohlwollen. Der Deutschen Volkspartei machte er noch einige Vorhaltungen über ihre Propaganda, er will ihnen aber Nachsicht angedeihen lassen, wenn sie in der Gesellschaft der Zentrumspartei die Politik fortsetzen wollen, die die Rechtssozialisten bisher in der Koalition betrieben haben.

Dann sprach Ledebour, frisch wie immer, alle Liebe mit geschickten Gegenangriffen parierend. Herrn Scheidemann erwiderte er, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Partei des proletarischen Klassenkampfes sei und daß sie sich ausgehen hätte, wenn sie eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eingegangen wäre. Die Erbschaft der Rechtssozialisten anzutreten, dazu hätte wir keine Lust. An einer Fülle von Einzelheiten griff er an und wies, wie die Koalition wiedererstarkt ist, und wie besonders das Militarismus wieder die Oberhand gewonnen hat. Besonders deutlich charakterisiert das der Fall des Professors Nicolai, der vom Senat der Berliner Universität wegen seiner pogonistischen Vergangenheit gemahnt worden ist, und die Ermordung von Hans Paasche, deren Begleitumstände darauf schließen lassen, daß die Röckergentile noch immer nach neuen Opfern sucht. Er legte weiter dar, daß die bürgerliche Regierung in der Frage der Sozialisierung nicht getarnt habe und daß als die kernaussagen sozialen Probleme nur durch die Befreiung der

Donnerstag, abends 7 Uhr: Große öffentl. Volksversammlungen

Der Mordprozeß Blau.

Der Fonds der Staatsanwaltschaft.

4. Verhandlungstag.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung verlas der Staatsanwalt ein Antwortschreiben des deutschen Generalkonsuls in Zürich, worin dieses mitteilt, daß der vom Schwurgericht als Zeuge verlangte polizeiliche Kopistipiel Schreiber sich unter gewissen Voraussetzungen bereit erklärt habe, vor Gericht zu erscheinen. Er macht sein Erscheinen davon abhängig, daß ihm 4000 Mark gezahlt werden, 20 Franken pro Tag Entschädigung für tägliche Dienstfelder, freie Fahrt und freie Verpflegung gewährt wird, außerdem besteht er auf Schutz während der Reise und vor Gericht, sowie Erlaubnis zum Waffen tragen. Staatsanwalt Dr. Orthmann erklärt hierzu, daß dem Gericht nichts anderes übrigbleiben werde, als auf diese Bedingungen einzugehen, da irgendeine andere gefällige Handhabung, den Zeugen herbeizuführen, fehlt.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg protestiert gegen die Zahlung der 4000 Mark, die man sehr leicht als ein Bestechungsgeld ansehen könne. R. A. Liebknecht stellt es dem Ermessen des Gerichts anheim, ob es dieser Erpressung des Spitzels Schreiber Folge geben will oder nicht, weiß aber darauf hin, daß das der Zeuge sei, von dem der Herr Staatsanwalt behauptete, daß er wahrscheinlich nur nicht erscheine, weil er links-terroristische Akte zu befürchten hätte. Staatsanwalt Orthmann erklärt dazu, daß, wenn das Gericht nicht die 4000 Mark zahlen würde, so würde er diese Summe aus einem ihm zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds zahlen.

Nach kurzer Beratung verhandelt der Vorsitzende den Beschluß, den Staatsanwalt zu ermächtigen, den Zeugen zu den geforderten Bedingungen herbeizuführen, jedoch lehnt er das Gericht ab, die 4000 Mark zu zahlen. Der Staatsanwalt erklärt sich hierauf nochmals bereit, die 4000 Mark einem Fonds zu entnehmen. R. A. Dr. Rosenfeld bittet um Auskunft darüber, aus welchem Fonds der Staatsanwalt die 4000 Mark für den Spitzel Schreiber entnehmen wolle? Er hätte genaue Kenntnis, daß der Justizbehörde derartige Spitzelfonds nicht zur Verfügung ständen. Der Staatsanwalt verneint sich dagegen, daß er Spitzelfonds unter sich habe. Weitere Fragen der Verteidigung über diesen Punkt scheidet der Vorsitzende kurz ab, jedoch erklärt R. A. Rosenfeld, daß er sich vorbehalte, nochmals darauf zurückzukommen.

Der Vorsitzende schreitet darauf zur Vernehmung des Zeugen Ernst Potzenbauer. Der Zeuge erklärt, daß er Hoppe während eines Kongresses in Berlin im März 1919 kennen gelernt habe. Gelegentlich eines gesellschaftlichen Zusammenkommens sei er aufgefordert worden, hypnotische Experimente zu machen. Er habe mit Hoppe, der sofort reagierte, daraufhin sehr viele Experimente gemacht, einmal habe er als Ministerpräsident Schiedemann gesprochen, dann wieder in der Rolle des Kots. Auch habe er, obwohl er Nichtwahrer sei, durch seine Einwirkung eine Zigarre geraucht. Der Zeuge kommt zu dem Schluß, daß Hoppe ein sehr leicht zu beeinflussender Mensch sei, der sehr wohl unter dem Einfluß anderer Menschen Dinge berichten könnte, für die er nicht verantwortlich zu machen ist.

Der Vorsitzende fährt in der weiteren Vernehmung des Zeugen Kriminalkommissar Maßlad fort. Rechtsanwalt Weinberg fragt den Zeugen, ob er angeben könne, wie viel Geld der Spitzel Schreiber von seiner Behörde für seine Bemühungen erhalten habe. Zeuge: Nur die Auslagen für Reise und Aufenthalt. R. A. Weinberg: Darüber hinaus hat er also kein Geld bekommen? Zeuge: Nein. R. A. Weinberg: Sie können also bestimmt unter Ihrem Eid aufweisen, daß der Spitzel Schreiber keine weiteren Gelder von Ihrer Behörde empfangen hat? Zeuge: Wenn die Frage in so bestimmter Form gestellt wird, so verweigere ich darüber die Aussage. Der Zeuge erklärt, daß er von seiner Behörde nicht so weitgehende Befugnisse erhalten habe.

Auf weiteres Befragen durch die Verteidigung gibt der Zeuge dann zu, daß der Spitzel Schreiber Geld erhalten hat.

R. A. Rosenfeld: Wie hoch war denn die Summe, die er erhalten hat? Der Zeuge verweigert auch darüber die Aussage. Der Staatsanwalt befragt die Zeugen über die Frage als unerheblich. Es entspinnt sich über diesen Punkt eine längere Debatte zwischen dem Vorsitzenden, der Verteidigung und dem Staatsanwalt. R. A. Rosenfeld erklärt, daß der Zeuge und dem Staatsanwalt die wichtige Frage zu beantworten, ob er versichert ist, diese wichtige Frage zu beantworten. Er hat nach den gesetzlichen Bestimmungen das Recht der Zeugnisverweigerung nur dann, wenn seine Aussage zum Nachteil des Deutschen Reiches führen würde. Sollte das der Fall sein, dann müßte die Summe ja sehr hoch gewesen sein. Daraus erklärt sich der Zeuge Kriminalkommissar Maßlad bereit, die Frage auszusagen zu machen. Das Gericht beschließt trotzdem, die Frage als unerheblich zurückzulassen mit der Begründung, daß es allgemein bekannt sei, daß Agenten von der Polizei auch bezahlt werden.

R. A. Weinberg weist darauf hin, daß der Zeuge Maßlad vorher unter seinem Eid ausgesagt habe, Schreiber habe keine Summe außer dem Reisegeld und den Auslagen erhalten.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch unter Ihrem Eid aussagen? Zeuge: Es ist ja möglich, daß ich ihn unter anderem Namen kenne. R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen sonst noch einer der leitenden Herren der Antikontaminierten Liga bekannt? Der Vorsitzende befragt auch den Zeugen über die Frage als unerheblich. Die Verteidigung verlangt Gerichtsbescheid, worauf das Gericht nach kurzer Beratung die Ablehnung der Frage mit der Begründung verkündet, daß die Lehmung der Frage mit der Begründung der Nichtbeantwortung nicht gestellt sei, um zur Aufklärung der Wahrheit beizutragen, sondern nur politische Bedeutung hätte.

R. A. Weinberg: Ist dem Zeugen bekannt, daß Blau im Januar 1919 im Auftrag der Polizeibehörde die Wären-Reinigungs-Druckerei besuchte und ebenso ein Auto des Berliner Magistrats beschlagnahmte? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Spitzel Stroiz bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Weinberg: Gar nicht bekannt? Zeuge: (Zögernd): Ja ja möglich, daß ich ihn kenne, aber nicht unter seinem Namen. R. A. Liebknecht: Sind auch bei der Polizei die Agenten nicht mit Namen, sondern nur unter einer Nummer bekannt? Da der Vorsitzende auch diese Frage beantwortet, befragt die Verteidigung wieder den Zeugen über die Frage, ob er weiß, wie er stellt, um die Hilfsmittel der Polizei aus politischen Gründen kennen zu lernen.

Hierauf wird der Zeuge Blumenfeld vernommen, der derzeit Leiter der Reichsdruckerei der U.S.P. in München war. Blau hatte sich an diese Stelle mit dem Erlaß an dem Unterführung gewandt, da er polizeiliche Flüchtling sei. Derselben, der ebenfalls in der Reichsdruckerei tätig war, beschäftigte sich ebenfalls mit Blau und hatte bald heraus, daß dieser für die Antikontaminierten Liga Spitzeldienste verrichtete. Der Zeuge schildert

dann die aus den bisherigen Verhandlungen bereits bekannten Tatsachen der Reise Blaus mit Herrn und Schreiber nach Leipzig, Magdeburg, Ostpreußen. Der Staatsanwalt befragt den Zeugen nicht zu verzeihen, da bis jetzt der Verdacht der Mittäterschaft nicht widerlegt sei. Auf Protest der Verteidigung beschließt das Gericht, die Vernehmung einzustellen auszusetzen.

In der Nachmittags-Sitzung wird der Zeuge Peters vernommen. Peters war in Magdeburg Parteisekretär der U.S.P. und hatte in dieser Eigenschaft Ende Juli 1919 den Besuch von Herrn und Schreiber. In seiner Abwesenheit hatte Frau Peters dem Schreiber gestattet, im Bureau auf einem Sofa zu übernachten. Am 8. August ist dann der Zeuge nochmals mit den beiden in Ostpreußen in einer Versammlung zusammengetroffen. Staatsanwalt: Haben Sie irgendwelche Schriftstücke von Herrn oder Blau, oder solche, die mit der Angelegenheit zusammenhängen vernichtet? Zeuge: Nein. Staatsanwalt: Können Sie das auf Ihren Eid nehmen? Zeuge: Ja wohl. Staatsanwalt: Schreiber hat aber bestimmt behauptet, daß Sie solche Mitteilungen vernichtet haben sollten. Zeuge: Dann hätte er gelogen. Der Staatsanwalt befragt hierauf die Ausfertigung der Vernehmung des Zeugen, die Schreiber vernommen werden kann. R. A. Weinberg protestiert energisch dagegen, daß man einem Mann, der so ehrenvolle Dienste geleistet wie Peters, nicht so viel Glauben schenke wie diesem 4000-Mark-Zeugen. Das Gericht beschließt hierauf die Vernehmung.

Der nunmehr vernommene Zeuge Peter Schmidt. Schmidt soll nach der Aussage eines gewissen Eulenburger sich bereit erklärt haben, der Münchener Polizeibehörde die Adresse des Herrn anzugeben. Der Zeuge bestreitet dies ganz entschieden, da ihm die Adresse des Herrn nicht bekannt sei.

Zeuge Georg Böhl ist derjenige, bei dem Hoppe und Blau übernachtet und sich auch noch am Tage vor dem Mord aufgehalten haben. Er war unter dem Verdacht der Mittäterschaft seiner Zeit in Haft genommen und soll in der Voruntersuchung gegen die Angeklagten schwer belästigt worden sein. Er erklärt dies damit, daß er in der Untersuchungshaft böllig zusammengebrochen sei. Sein ganzes Vermögen und Trachten wäre danach gewesen, wie er die Freiheit zurückzuerlangen könnte. Ganz besonders, da er sich frei von jeder Schuld fühlte. In dem vom Beschuldigten unternommenen Kreuzverhör, das sich über eine Stunde ausdehnte, kann er sich auf viele Einzelheiten, die er bereits im vorigen Jahr ausgesagt hatte, nicht mehr entsinnen.

Wegen der vorerwähnten Zeit wird die Vernehmung des Zeugen unterbrochen. Die Verhandlung wird am Dienstag 9 1/2 Uhr ihren Fortgang nehmen.

Gewerkschaftliches.

Drohender Streit der Elektrizitätsarbeiter Berlins.

Der Streit erst, die Ausperrung der Arbeiter und Angestellten im Kraftwerk Schornewitz droht unabsehbare Folgen nach sich zu ziehen. Wie wir erfahren, werden die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts-Werke Berlins, die mit den Arbeitern und Angestellten des Kraftwerkes Schornewitz eng verbunden sind, wohl dieses für Berlin zwei Drittel der gebrauchten Elektrizität liefern, aller Voraussicht nach gleichfalls, bis auf einen Notbetrieb, die Elektrizitäts-erzeugung einstellen, um dadurch den Arbeitern und Angestellten im Kraftwerk Schornewitz ihre volle Solidarität zu beweisen. Das würde eine restlose Stilllegung des Straßenbahnverkehrs usw. für Berlin bedeuten.

Wir hoffen, daß die maßgebenden Stellen die Gefahr eines derartigen Vorgehens in der augenblicklichen kritischen politischen Situation begreifen und in letzter Stunde den notwendigen Herbeiführungen der Angestellten des Schornewitzer Werkes Rechnung tragen.

Streikstimmung bei den Straßenbahnern.

Das Personal der Großen Berliner Straßenbahn erhebt energisch die Forderung nach Gleichstellung mit den städtischen Straßenbahnern. Es will nicht die zur Auslösung des Streikbundes werden, der am 1. Oktober in Groß-Berlin aufsteht. Verhandlungen mit der Direktion haben dahin geführt, daß die Löhne und die Beihilfen die gleichen sein sollen, wie die städtischen Straßenbahnern sie erhalten. Differenzen bestehen in der Hauptsache über den Urlaub und über die Bewertung der Dienstjahre. Die Differenzen haben sich so zugespitzt, daß die Straßenbahnern und auch die Hochbahnern gemillt sind, das Kreuzwort zu wagen.

Weshalb fanden in Berliner Rathaus Verhandlungen der Vertreter der Straßenbahnern mit dem Bürgermeister Reize statt, die damit endeten, daß der lösende Zusammentritt des Aufsichtsrats der Großen Berliner Straßenbahn wurde. Diesem Wunsch ist haltgegeben. Der Aufsichtsrat tritt am Mittwoch nachmittag zusammen.

Postbeamte und Weisbojott gegen Ungarn.

Der am Sonntag tagende Bezirkstag des Bezirksvereins Berlin des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten (ehem. Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten) hat folgenden Antrag gegen 8 Stimmen angenommen: „Der am Sonntag, den 27. Juni 1920, in den „Germaniasälen“, Schauffstr. 110, tagende Bezirkstag des Bezirksvereins Berlin des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten spricht dem Deutschen Beamtenbund wegen seiner Rechteinahme am Weisbojott gegen Ungarn das schärfste Mißtrauen aus. Der Bezirkstag fordert deshalb die Verhandlung auf, dem Beamtenbund die Forderung zu stellen, binnen 24 Stunden den Weisbojott gegen Ungarn zu erklären, widrigenfalls der Verband den Weisbojott selbst zu erklären hat.“

Entlassung der Posthilfskräfte!

Zu dieser Frage nahm am 26. d. M. eine Versammlung der Betriebsräte der Postämter Stellung. Es scheinen sich allmählich auf den Postämtern Zustände zu entwickeln, die im höchsten Maße zur Kritik und Abhilfe herausfordern. Am Dienstag, den 29. d. M., finden Verhandlungen mit dem Reichspostminister statt, bei denen die Betriebsräte folgende Forderungen als dringend durch ihren Vertreter stellen wollen:

1. Schließung der Liste für Postbeamtenwärter (welche bereits Kaufende von Namen umfaßt).
2. Pensionierung aller pensionsberechtigten Beamten.
3. Entlassung sämtlicher Teilpostfrauen, welche ihren Beruf nicht als Lebensnotwendigkeit brauchen, und Besetzung dieser Stellen durch Kriegsbeschädigte oder weibliche Hilfskräfte.
4. Entlassung aller höheren Beamten, welche als Hauswirte, Gutbesitzer, Geschäftleute usw. Doppelpensionen haben.
5. Verteilung der von den besetzten Gebieten nach Berlin beorderten Beamten auf ländliche Bezirke.
6. Beschränkung der Arbeitszeit im gesamten Postbetrieb auf 8 Stunden, um das Herz der Arbeitslosen nicht zu vergrößern.

Groß-Berlin.

Frauent demonstration gegen den Lebensmittelwucher.

Zu einer Kundgebung gegen den Lebensmittelwucher, die erfreulicherweise im Gegensatz zu andern Städten völlig ruhig verlief, kam es gestern mittag im Hofe des Rathauses. In der Landrats-Kartoffelhalle waren keine Kartoffeln aufzutreiben. Nur ein Händler bot neue Kartoffeln an, aber das Fund zu 1,60 Mk., was den Hausfrauen natürlich zu teuer war. Sie machten ihrer Empörung über die Zustände Luft und bald hatten sich einige hundert Frauen versammelt, die gegen die Lebensmittelwucher protestierten und beim Magistrat vorstellig werden wollten. Es formierte sich ein Zug, und auf einigen schnell zurechtgemachten Tafeln las man Aufschriften wie „Nieder mit dem Lebensmittelwucher“ und „Gott uns billiges Brot“. Dann zogen die Frauen zum Rathaus und nahmen dort im Hofe Aufstellung. Da die Frauen, die sich übrigens durchaus ruhig benahmen, jedoch verlangten, einen der Deputierten des Lebensmittelamtes zu sprechen und erklärten nicht eher gehen zu wollen, bis man sie angehört habe, wurde eine Deputation, die aus drei Frauen und einem Manne bestand, von einem Beamten der Lebensmittelabteilung empfangen. Der Beamte versprach dafür zu sorgen, daß der Magistrat alles tun werde, was in seinen Kräften stehe, um Lebensmittel, und besonders Kartoffeln, heranzuschaffen. Die Sicherheitspolizei, die jemand herbeigelaufen hatte, fand nichts zu tun, da die Demonstranten die Ordnung selbst aufrecht erhielten.

Eine kleine Besserung in der Kartoffelversorgung, die sich hoffentlich bald noch zeigen wird, scheint ja schon im Gange zu sein. Der Magistrat gibt bekannt, daß von Donnerstag, dem 1. Juli, auf die Abchnitte 28 a und b der Berliner Kartoffelkarte 2 Pfund Frühkartoffeln abgegeben werden. Die erst langsam im Gang kommenden Zufuhren an Frühkartoffeln ermöglichen zunächst nur eine schwache Beseitigung der Kleinhandeler. Es werden aber gleichmäßig nacheinander alle Geschäfte beliefert, so daß jeder Kartontahaber die zwei Pfund Frühkartoffeln bestimmt erhält. Der Preis für 1 Pfund Frühkartoffeln ist auf 50 Pf. festgesetzt. Es steht zu erwarten, daß hierdurch auch die freigegebenen ausländischen Kartoffeln alsbald erheblich im Preise gesenkt werden.

Helmutreue Oberkassier, Bezirk Treptow. Versammlung am 1. Juli, abends 8 Uhr, in Meyers Gesellschaftsraum, Am Treptower Park 20.

Aus den Organisationen.

1. Bezirk. Dienstag 7 Uhr in der Schulaula Ingeurm. Gewerkschaftler Straße 24, große öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Warum wir uns nicht an der Regierungsbildung beteiligen haben.
2. Bezirk. Dienstag 7 Uhr Vorstandssitzung. Politische Kommission. Agitationskommission bei Koch, Sacrowstr. 97, 7 1/2 Uhr, Mindeberg-Kommission bei Hermanns, Erdstr. 28.
3. Bezirk. (Berichtigung) Vorstandssitzung am Dienstag, den 29. Juni, abends 7 Uhr, bei Gallas, Georgenkirchstr. Ecke Bornimstraße, Abteilungsleiter und Bezirkskomitee sämtlicher Kommissionen haben Zutritt Stadtwirtschaft, Bezirksverordneten und Elternbeiräte (hierzu auch die Elternbeiräte) der S. P. D. und Christlichen einladen. Am Mittwoch, den 30. Juni, abends 7 Uhr, in der Schulaula Georgenkirchstr. 2, Vortrag des Gewerkschaftler: Die Kräfte der Reichsdeputiertenkonferenz.
4. Bezirk. 5. Abteilung. Dienstag 7 Uhr Mitgliederversammlung der Einigkeit, Mühlentstraße, Ecke Trompschstraße. Da wichtiges Tagesprogramm, alle Mitglieder erscheinen!
5. Bezirk. Dienstag abends 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission von der 2. und 3. Abteilung bei Jänike, Hülfenstr. 12.
6. Bezirk. Räte- und Gewerkschaftskommission. Dienstag 7 1/2 Uhr bei Wolff, Pfingststraße. Väterabendliche Generalversammlung Mittwoch 7 1/2 Uhr in den Kolberger Beiseln. Ohne Mitgliederbuch kein Zutritt.
7. Bezirk. Dienstag 7 Uhr Sitzung der Räte- und Gewerkschaftskommission bei Emil Waddl, Pfingststr. 6.
8. Bezirk. 1. Abteilung. Mittwoch 7 Uhr Sitzung der Bildungs-Kommission bei Krall, Wrescher Straße 21. — 2. Abteilung. Dienstag 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Jänike, Glosstr. 49. — Mittwoch 7 Uhr Diskussionsabend bei Kolenow, Transnackstraße 8. — Elternversammlung der 201. Gemeindefabrik Dienstag in der Aula der 201. Gemeindefabrik, Wrescher Straße. Tagesordnung: „Wie gestalten wir unsere Kinder zu freien Bürgern der Republik.“ Referent: Genosse Lehner Edmund.
9. Charlottenburg. Heute Dienstag 7 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus, Rosinenstraße.
10. Tempelhof. Dienstag 7 1/2 Uhr bei Hennig, Mantuffelstraße, Ecke Reichs-Wilhelm-Straße, Sitzung der Bildungs-Kommission und der Genossinnen, die sich zur Mitarbeit bei den Arbeiterferien spielen gemeldet haben. Die Ferienspiele beginnen am Sonnabend, den 4. Juli, nachmittags 2 Uhr, auf dem Spielplatz in der Verlängerung Kaiserin-Augusta-Straße an der Mantuffelstraße. Wir bitten die Genossen, Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft oder in der „Freiheit“-Spedition anzumelden. Jeden Montag Besuch der Wandermäule auf dem Tempelhofer Felde, jeden Mittwoch Ausflüge, jeden Sonnabend Spielen auf dem Platz. Genossen und Genossinnen als Helferinnen willkommen. — Frauenbildungabend Mittwoch 7 1/2 Uhr im Zeichenlokal des Holzgenossenschafts. Vortrag: „Der Ausfall der Wahlen und die Frau.“ Referent: Genosse Hille.
11. Schöneberg. Dienstag 8 Uhr wichtige Funktionssitzung im „Wilden Esel“, Bornimlinder Straße.
12. Johannisthal. Heute abends 8 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre, Elternbeiräte, Gemeindevorsteher samt Geschäftsleitung bei Geyer, Teichstr. 6.

Bereinstafelder.

- Deutscher Transportarbeiter-Verband (Branchen der Einheits- und Postbeamten). Dienstag 7 1/2 Uhr bei Wegener, Seydelstr. 30, wichtige Verzweigungsmänner-Versammlung.
- Vereinigung der Räte-Beisitzer. Dienstag 7 Uhr bei Wirtner, Schwebel Straße 23, Vortrag Dr. Vöhlmann.
- Sozialistische Arbeitervereine, Agitationsbezirk Osten. Dienstag 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Königsberger Straße 7, Sitzung sämtlicher Delegierter unseres Bezirkes. Sehr wichtige Tagesordnung.
- Zentralverband der Zimmerleute. Dienstag nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftsraum, Soal 2, Versammlung sämtlicher Bezirksvereine, Eschmann ist nicht.

Geschäftliche Mitteilungen.

Seitigwähre Lebensmittelräume, die gelegenen Waldweg mit der Fritz des Tages vereinigen, hat das Warenhaus A. Jander u. Co., nro. 12 in der 4. Etage seines Geschäftes, Belle-Alliance-Straße, am Blücherplatz, eingerichtet. Eine besondere Sehnenswürdigkeit bildet überdies sachgemäß angelegte Fleischverkaufsstände, welche den besten Rechnung zu tragen und seiner Kundschaft Lebensmittel, so weit solche überhaupt angebotbar sind, zu erschwinglichen Preisen abgeben.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung, Montag, 28. Juni.

Das Haus ist gut besetzt, ebenso die Tribünen. Am Regierungstisch: Reichstagsler Lehrenbach, Dr. Deinge, Koch, Simons, Wirth, Hermes, Giesberts, Schner, Scholz, v. Haumer, Braune.

Präsident Lohde teilt mit, daß der Abg. Engelberger (Nz.) wegen Krankheit vier Wochen Urlaub erbeten hat. (Welterleit.) Weiter gibt er das Ergebnis der Schriftführerwahlen bekannt. Die Schriftführer wurden gewählt: Frau Schuch (Soz.), Fischer-Berlin (Soz.), Frau H. G. (N. Soz.), Dr. Meißner (Zentr.), Heile (Dem.), Kempter (D. Sp.), Beuermann (D. Sp.) und Wollweber (Dnat.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer

Erklärung der Regierung.

Reichstagsler Lehrenbach: Die Wahlen zum ersten Reichstag für den neuen deutschen Freistaat sind vorüber. Ihr Ergebnis spiegelt die Krisis wieder, in der sich unser öffentliches politisches Leben befindet. Lieber Ihre Ursachen mich zu äußern, ist nicht meine Aufgabe. Der ersten Verantwortung, die sie der Volksgemeinschaft gegenüber übernommen hat, ist sich die neue Regierung vollumfänglich bewußt. Bevor ich Ihnen die neue Regierungserklärung mitteile, erlaube ich mich für verpflichtet, der abgetretenen Regierung den herzlichsten Dank des Vaterlandes auszusprechen. (Beifall.) Der Reichstagsler verliest die Worte des Ministers. Das Programm der neuen Regierung ist entsprechend den Artikeln 62 bis 68 unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Dabei ist eine lächelnde Übereinstimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder zutage getreten. Bei der Wichtigkeit der Sache halte ich die getreue Wiedergabe des Wortlauts für erforderlich. Der Reichstagsler verliest folgende Erklärung:

Vielmehr sind die Aufgaben, die gelöst werden müssen, um die Grundlage für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau unseres Volkes zu schaffen. Die Spannung zwischen Völkern und Nationen, die schon der alten Regierung große Schwierigkeiten machte, setzt auch der neuen gewisse Grenzen.

Die Konferenz in Syon

Ich habe heute vor. Es gibt mir Anlaß zu einigen Ausführungen über die äußere Politik des neuen Kabinetts. Alle Regierungsmaßnahmen in der auswärtigen Politik stehen im Zeichen des Vertrages von Versailles, der wie eine dunkle Wolke über unserm Vaterlande liegt. (Beifall Zustimmung.) Nachdem er angenommen ist, kann es für die Reichsregierung keine andere Pflicht geben, als ihn, solange die ehemals feindlichen Staaten ihn nicht ändern, nach allen Kräften zu erfüllen. Die parteipolitische Zusammenfassung hat auf die Stellungnahme der Regierung in dieser Sache keinen Einfluß. Nachdrücklich muß ich feststellen, daß auch die bisherige Regierung für die Durchführung des Versailler Vertrages mehr getan hat, als erwartet werden konnte. (Beifall Zustimmung.) Sowie es heißt: Deutschland hat mehr geleistet, als es ein anderes Volk den Siegern gegenüber getan hat, und zwar obwohl seine Volkskraft auf das Schwerste getroffen worden war. Wenn trotzdem Ausstellungen an seinen Leistungen gemacht worden sind, so liegt das nicht an Deutschland selbst, sondern an den Umständen. Zu diesen Umständen gehört in erster Linie das tiefe Mißtrauen, das unter unseren Gegnern immer noch gegen Deutschland herrscht. Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung, die zwischen dem Mißtrauen der Gegner und dem Wählingen der Erfüllung der Friedensbedingungen besteht, ein Ende zu machen, indem wir alle unsere früheren Gegner davon überzeugen, daß im deutschen Volk die machtpolitische Träume und Revanchegedanken um so weniger Boden finden, je einseitiger man ihnen entgegentritt. Wir müssen wirtschaftlich und politisch wieder leistungsfähig gemacht werden.

Die unruhigen Zustände im Osten

Sie werden es begreifen, daß ich heute auf die Mittel im einzelnen nicht eingehe, die nach Auffassung der deutschen Regierung diesem Zwecke dienen können. Unsere vornehmste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesen auf dem Boden der republikanischen Staatsform tatkräftig weiter zu fördern, ist der einheitliche und feste Wille der Regierung. (Beifall.)

Wir lehnen jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft (Zuruf v. d. N. Soz.: Die besteht ja!) ab. (Beifall Bravo.) Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs. (Zuruf v. d. N. Soz.: Der Ausgleich!) Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Vergeßlichkeit. (Anbauende Zurufe v. d. N. Soz.) Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Besetzung der nicht rein politischen Ämter wird bei uns die persönliche Eignung, nicht die Parteizugehörigkeit sein. (Beifall Bravo.) Von den Parteien erwarten wir, daß sie gewillt sind, die Tätigkeit der Regierung im gemeinnützigen Arbeit zu unterstützen. Wer könnte angesichts der furchtbaren Not des Volkes einen Bürgerkrieg verantworten? (Anbauende Zurufe links.) Auf dem Boden der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des Staatswesens herbeigeführt werden. Die Neuordnung des gesamten Budgets, der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die Eingestaltung des Reiches der Beamten, die Einsetzung höchster Gerichte als Hüter der Verfassung und der Grundrechte der Deutschen wird die Regierung und den Reichstag in nächster Zeit im reichen Maße beschäftigen. (Zuruf v. d. N. Soz.)

Es klebt die Aufhebung der Willkür?

Warten Sie doch ab! (Zuruf v. d. N. Soz.: Wir können aber nicht mehr warten!) Der Wiederaufbau, dem die Regierung in erster Linie dienen will, muß sich auf alle Gebiete der Volkswirtschaft und Kultur erstrecken. Einer Überbeanspruchung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. (Beifall rechts und im Zentr.) Das eigene Leben unserer deutschen Stämme und Länder hat an der Vereinerung unserer deutschen Kultur und an dem Aufblühen unseres Wirtschaftslebens stets einen großen Anteil gehabt und soll nur da seine Grenze finden, wo es das Wohl des Reiches verlangt. Die Reichsregierung und das deutsche Volk legen die Verantwortung auf die durch die durch Jahrhunderte herabdrückte deutsche Bevölkerung in Ost- und Westpreußen und in Oberschlesien der Zentralisation, die durch die Zentralisation herbeigeführt wird. Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die behauerlichste Entschlossenheit zwischen Volk und Meer zu überbrücken. (Zurufe bei den N. Soz.: Schluß!) Der Entwurf des Gesetzes über die in der Verfassung vorgesehene Aufhebung der Willkürgerichtsbarkeit liegt dem Reichstag bereits vor. (Beifall links.) Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist das letzte große Problem, das an diesen Sitzung die

Denk- und Arbeitskraft der Volksgemeinschaft, des Parlaments und der Regierung in fester Gemeinschaft unablässig besetzt werden muß. Der Wiederaufbau steht in Wechselwirkung mit der

Gefundung der gestörten Reichsfinanzen.

Die unangesehene Steigerung unserer schwebenden Schuld drückt die Kaufkraft unseres Geldes, verringert, unseren Kredit und treibt die Preise in schwindelnde Höhe. Das Groß des Steuerbedarfs ist in der großen Steuerreform der Nationalversammlung dem Reiche geliefert. Wir sind aber noch nicht zu Ende mit unserer Reformarbeit.

Kaum ist im Steuerwesen eine nicht unwesentliche Verbesserung erzielt worden, da tut sich ein neuer Abgrund auf in den Betriebsverwaltungen des Reiches: Die Post hat ein Defizit von einer Milliarde, die Eisenbahn von mehr als 15 Milliarden. (Beifall Wirth und Deinge.) Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Steuerabgabe ist in diesem kritischen Augenblick ein Verbrechen am deutschen Volke, das an Pflanzwürdigkeit nicht zurückbleibt hinter jedem Verbrechen am Vaterlande. Ebenso verwerflich ist es, direkt oder verdeckt zur Steuerabgabe aufzufordern. Unsere einzige Rettung liegt in der Hebung unserer Gütererzeugung, die ständig wächst und unablässig mit allen Kräften gefördert werden muß. Alle Kreise des Volkes, jede Volksgemeinschaft und jeder einzelne müssen ihre Kraft an dieses Ziel setzen, um das unermessliche Wort von den 20 Millionen, die wir zuviel haben, zu schanden zu machen.

Unsere Ernährungsfrage

ist noch wie vor bedenklich. In einzelnen Teilen des Reiches sind wegen unzureichender Versorgung bereits ernste Unruhen entstanden. Nur mit Hilfe einer erheblichen Einfuhr wird es gelingen, die ungeheure Knappheit an Getreide fernzuhalten. Die Nahrungsvorsorgung ist insoweit ausländischer Einfuhr und vermehrter Ablieferung aus der Heimat gegenüber verhältnismäßig beständig. Die öffentliche Fleischversorgung mußte in den letzten Monaten auf Lieferungen des Auslandes gegründet werden. Wollen wir die wirtschaftliche Wiedergewinnung, so genügt es nicht, das Volk auf die bisherigen dürftigen Rationen weiter zu beschränken. Unser Bestreben muß in der nächsten Zeit auf größtmögliche Steigerung der Lebensmittelfuhr gerichtet sein, um eine Verbesserung der Ernährung herbeizuführen. Eine Besserung unserer Versorgung darf besonders von der besonnenen Förderung der Zwangswirtschaft erwartet werden. (Zurufe v. d. N. Soz.: — Anruhe.) Allerdings kann heute die Förderung auf völlige Wiederherstellung des freien Verkehrs für die wichtigen Nahrungsmittel noch nicht erfüllt werden. Durch intensive Bedienung müssen wir unserm Boden die größtmöglichen Erträge abringen. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine der ersten Voraussetzungen des Wiederaufbaues. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte. Zurufe und Anruhe v. d. N. Soz.: — Anbauende Bewegung.)

Dah aus dem Schoße unserer Erde Kohle und Kalk in größter Menge gefördert wird, dazu werden wir die technischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, die zu diesem Ziel führen. (Zuruf bei den N. Soz.: Was sind das für Maßnahmen?)

Die im Interesse der Volksgemeinschaft

erlassenen Gesetze über die Sozialisierung

(Lachen bei den N. Soz.), insbesondere über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft werden lokal durchgeführt. (Einmütiges Gelächter und Anruhe bei den N. Soz.) Die Arbeiten der Sozialisierungskommission werden fortgesetzt und von der Reichsregierung gefördert werden. Der Zweck sozialistischer Sozialisierung muß die Steigerung der Produktion sein. (Beifall.)

Fortschritt der Sozialreform

hält die Regierung fest. Die große Reform der Reichsversicherungsordnung bedarf zwar noch eingehender Vorbereitung, dagegen wird aber schon bald eine Anpassung dieses Gesetzes an die veränderten Verhältnisse erfolgen müssen, um wenigstens den dringenden Bedürfnissen der Versicherten sowohl als der Versicherungsträger gerecht zu werden. Die Regierung denkt vor allem an den Aufbau neuer Lohnklassen und eine Neuorganisation der Beiträge entsprechend den höheren Leistungen der Invalidenversicherung. Die baldige Einbringung von Vorlagen über die Invaliden- und Unfallversicherung ist beabsichtigt. Eine Gesetzesvorlage über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. (Zuruf bei den Unabhängigen: Die liegt schon aus!) Das ist eine dringende Forderung der sozialen Fürsorge wie auch der Wirtschaft.

In engstem Zusammenhang damit stehen die Fragen des länderlichen Steuerverwesens und die Durchführung des Heimstättenwesens.

Das große Reichsversicherungsrecht zugunsten der Kriegsbefähigten und ihrer Angehörigen hat die Nationalversammlung bereits abgelehnt.

In Anlehnung an dieses Gesetz soll auch die Entschädigung derjenigen Personen geregelt werden, die nicht im militärischen Dienst waren, wohl aber bei Kriegshandlungen eigenen körperlichen Schaden erlitten.

Die Verbesserung und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts war bereits Gegenstand hervorragender Sorge der früheren Regierung, sie wird es nicht minder für die neue Regierung sein. Diese Arbeit ist aber derzeit unangesehene, daß ihr Abschluß in kurzer Zeit nicht erwartet werden kann. Gleichwohl soll die Reform tatkräftig fortgesetzt werden. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist in Vorbereitung. Nachdem das Betriebsrätegesetz von der verfassunggebenden Nationalversammlung bereits beschlossen ist, werden Regierung und Reichstag nunmehr der Schaffung der Betriebsräte und des Reichsarbeitsrats unüberwunden nähertreten. Wir hoffen zuverlässig, mit diesem Ausbau der gesetzlichen Vertretung der Arbeit eine neue Stufe zurücklegen zum wirtschaftlichen und sozialen Frieden. Wir hoffen damit im Zusammenhang mit den anderen großen Errungenschaften auf sozialem Gebiet die Arbeits- und Berufsfindigkeit und den sozialen Frieden zu fördern und zu sichern. Es ist der ethische und politische Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiter, sondern mit ihr zu regieren. (Beifall.)

Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unseren Willen. Wir haben die Sozialdemokraten überholt und dringlichst um Mitarbeit in der Regierung ersucht. Der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit in der Regierung legt dieser Partei eine Verpflichtung auf gegenüber der Regierung, die wie bisher nicht gegen die Arbeiter, sondern für sie und mit ihnen arbeiten will. (Große Anruhe bei den N. Soz.) Wir wollen sein

eine Regierung des Fortschritts,

des Ausgleichs der Gegensätze, des Aufbaus an die gesamte deutsche Nation. (Zuruf bei den N. Soz.: Das ist eine große Mission!) zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufbauung unseres zusammengebrochenen Vaterlandes. (Zuruf links: Bravo!)

Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland an die Stelle gesetzt, auf der wir stehen. Wenn irgendwas der bedeutende Mann mit gewichtigem Arm und anerkanntem Ansehen aus bewährter Vergangenheit gefunden werden sollte, ich preise die Stunde glücklich, wo ich das mir anvertraute Amt in seine Hände übergeben kann. (Abg. Genzle (N. Soz.): Undenkbare! — Gegenruf rechts: Genzle! Welterleit.) In einer Stunde der Not und der folgenschwersten Entscheidungen treten wir an den Deutschen Reichstag heran. Trennen wir wollen wir zurückstellen und uns zusammenfinden in dem Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf daß Deutschland lebt. (Beifall anhaltender Beifall.)

Auf die Interpellation Ansohn (N. Soz.) u. Gen. betr. die Arbeitslosigkeit und über den Wohnungsmangel wird die Regierung später antworten.

Es folgt die Interpellation Ledebour (N. Soz.), betr. die Vorgänge in Thal bei Ruhla in Thüringen am 24. März 1920.

Reichswehrminister Goltz: In dem Bedauern über die traurigen Vorgänge, bei denen Deutsche von Deutschen getötet wurden, weilt ich mich nicht mit der gesamten Reichswehr, welche die Vorgänge beklagt, die neues Material zu Angriffen gegen sie lieferten. Lieber die Vorgänge mich heute sachlich zu äußern, muß ich mir verheßen, da gegen das Urteil Verurteilung eingeleitet und es noch nicht rechtskräftig ist. Die Frage der Entschädigung der Interpellanten der Soldaten kann erst nach der Rechtskraft des Urteils erledigt werden. Die Reichswehr selbst stand unter Militärgerichtsbarkeit und waren als zivile Soldaten anzusehen. (Zuruf v. d. N. Soz.) Das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liegt vor. Die Gründe, weshalb es bisher nicht verabschiedet werden konnte, sind dem Hause bekannt.

Die Besprechung der Interpellationen wird an einem der nächsten Tage stattfinden.

Das Gesetz betr. die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 geht an den Haushaltsausschuß.

Der Entwurf über Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags wird in sämtlichen drei Besessungen angenommen.

Darauf teilt das Haus in eine Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Abg. Scheibemann (Soz.): Wir erblicken auf der Regierungsbank neben anderen auch Männer, die uns aus gemeinsamer Arbeit wohl bekannt sind und die wir persönlich schärfen gelernt haben. Das gilt vor allem von dem Herrn Reichstagsler selbst (Beifall.) Im übrigen werden wir seine Taten prüfen. Nicht ohne schwere Bedenken sehen wir die Veränderungen, die sich auf der Regierungsbank vollzogen haben. Einige es nach unseren Wünschen, so dürfen nicht Ene, sondern nur Vertreter der sozialistisch denkenden, arbeitenden Massen dort sitzen. (Beifall bei den Soz.) Wenn Deutschland zum ersten Male wieder seit der Revolution eine sozialistische Regierung hat, so ist das, wie alle Welt weiß, keine Verwirklichung der Politik, die sich im Klassenkampf vollzogen hat, sondern lediglich der Politik der Unabhängigen zu danken. (Widerpruch bei den N. Soz.) Das ist ein Zustand, den ich tief beklage, da nach meiner Meinung eine Zukunft nicht mehr ferne ist, die ein gemeinsames Handeln der gesamten Arbeiterschaft notwendig machen wird dann ja über die Arbeiterkraft zu unbedachten Aktionen auffordert — das richtet sich gegen keinen, der hier im Saale sitzt —, der nicht sich bewußt oder unbewußt, bezahlt oder unbezahlt, zu ihrem Dessen.

Von den Herren, die wir nicht aus gemeinsamer Arbeit, sondern nur aus den Erfahrungen des Wahlkampfes kennen, möchte ich dringend wünschen, daß ihnen mit dem Amt die bessere Einsicht käme. (Welterleit.) Um die Leitung der deutschen Volksgeschichte wird zwischen Ihnen und uns ein Kampf geführt werden, der als Kernstück des Klassenkampfes sein wird, den wir mit den geschichtlichen Mitteln und der Demokratie zu führen gedenken und in dem wir Sie schlagen werden, weil die Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung mit uns im Bunde sind. (Beifall. Zurufe v. d. N. Soz.) Wir stehen zu unseren Taten, und wir zweifeln nicht daran, daß diejenigen, die sich von uns abgewandt haben, wieder zu uns zurückkehren werden.

Wir werden bestrebt sein, hier die praktischen Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen und Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich der operativen Entwicklung von der sozialistischen Wirtschaftsführung zu der höheren des Sozialismus entgegenstellen. Von der Regierung fordern wir, daß sie die demokratisch-republikanische Staatsform gegen alle Ansetzungen von allen Seiten schützt.

Wir fordern den Ausbau unserer demokratischen Einrichtungen, die gesetzlichen Ausführungen zu den verfassungsmäßigen Bestimmungen über den Volkswahl und ein Reichsstaatsrecht, das die Erziehung unserer Jugend im Geiste freier bürgerlicher Entwicklung auf gesunde Bahnen lenkt. Auf wirtschaftlichem Gebiete fordern wir die Überführung der dazu reifen Betriebe, insbesondere die Ausdehnung der Erbschafts- und ihre Überleitung zur Produktion in öffentliche Verwaltung. Wir fordern die Befreiung des privaten Großhandels, dessen politisches Verrentum mit dem Geist der Republik ebenso unvereinbar ist wie seine wirtschaftliche Monopolstellung mit dem Interesse der Volksgemeinschaft. Wir fordern für alle Zweige der Wirtschaft, öffentliche oder private, den Ausbau des Selbstbestimmungsrechts der wirklich Schaffenden durch Ausbau des Betriebsrätegesetzes. In erschreckendem Maße nimmt

die Arbeitslosigkeit

zu, die nicht ausschließlich auf Arbeitsmangel und Mangel an Rohstoffen zurückzuführen ist. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit müssen festgestellt und möglichst beseitigt werden. Das Wohnungsleben, wie es früher nur in Reichstädten bekannt war, herrscht jetzt auch in Mittel- und selbst in Kleinstädten. Ich fürchte, die Regierung nicht dringend genug empfunden, der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot mit aller Macht zu Leibe zu gehen. In der aktuellen Politik haben wir auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht der Regierung ist, die Welt von der ethischen Pflichten des deutschen Volkes zu überzeugen, mit ihm in unerschütterlichem Frieden zu leben — vor allem aber auch mit dem russischen Volke — und den von ihm übernommenen Pflichten bis an die äußerste Grenze seines Könnens nachzukommen. Wir sind aber auch damit einverstanden, daß diese Grenzen deutlich gesetzt werden. Wir sind nicht geneigt, die schwere Situation, in der sich unser Volk befindet, aus rein operativen Gesichtspunkten zu betrachten, und wir können darum dem Volke nicht neue Leiden wünschen, die ihm zum Verhängnis werden sollen. Beigen Sie, was Sie können, nach Ihren Taten werden wir Sie beurteilen. Die sozialistische Arbeiterbewegung ist unerschütterlich. Sie hat durch den bürgerlichen Ansturm von außen, durch die Soldatenrevolte von innen diesmal die größte Probe bestanden, und sie ist stehen geblieben als eine imposante Macht. Der Geist eines neuen Zeitalters an der Wiege Deutschlands, Republik und Sozialismus werden aufkommen. (Beifall. Zurufe v. d. N. Soz.)

Die Arbeiter haben geglaubt, den neueregetretenen Militärs...
den alle Parteien einige wohlwollende Lehren mit auf den Weg...

Der Abg. Scheidemann hat behauptet, die seien schuld daran,
dass nicht eine sozialistische oder eine Arbeiterregierung hier...

Verurteilung der bisherigen Koalitionsregierung

Denn die sämtlichen Koalitionsparteien, insbesondere aber die
Partei des Herrn Scheidemann, sind in diesem Kampf noch allen...

Der unparteilichste Vergleich allein gegenübergestellt.

Die letzten Wochen dieses Jahres sind durch den Kriegszustand
und nach der Revolution den Kampf für den Sozialismus...

Der Klassenkampfstandpunkt des Proletariats

Im ganzen öffentlichen Leben, auch in diesem Hause, beweist,
dass wir nur eine Regierung übernehmen, in der wir als...

Es ist selbstverständlich, dass in einer in der Entwicklung...

Es ist selbstverständlich, dass in einer in der Entwicklung
des Proletariats, wie der unsrigen, über gewisse politische Fragen...

Wie nicht Herr Scheidemann, das würde sich ändern, wir...

Wie nicht Herr Scheidemann, das würde sich ändern, wir
würden allmählich auf den Standpunkt kommen, den er einnimmt...

Über Herrn Rabbe Herberichs.

Die Worte des Minister Heine in Preußen in das Ministerium
des Innern einbringen. Die Einigung des Proletariats wird...

Was der Herr Reichskanzler über die Verteilung Deutschlands
in Spe gesagt hat, war so unüberwindlich dumm, dass man fast...

Nun soll ich zur Entscheidung dieser Regierung einreden
können. Wenn die Arbeiter bei und im Parteien allmählich...

an der Spitze, aber die sämtlichen ausführenden Organe arbeiten
nach ihren Prinzipien. Wie wir mitgewirkt sind, ist...

Der Reichskanzler Herr Schmidt

Der Reichskanzler Herr Schmidt hat in diesem Hause und
in den Reichstagen auf seine Art und Weise sehr viel geredet...

Ein von nationalen Heimathund, Berlin, Gendarmenstraße 12.
Diesen den Ueberbringer dieses, geboren am 7. 11. 83, zu einer...

(Hör, hört bei den U. Sog.) Wie kommt der Herr Schmidt
auf die Idee, von einem nationalen Heimathund eine politische...

Ich habe diese Lässigkeit mitteilen müssen, weil sie der
Minderheit Beweis dafür sind, dass die Minderheit nicht in der...

Verbreitungen dafür getroffen werden.

Um einen solchen militärischen Schritt in geeigneter Weise
anzukündigen. Die Arbeiterklasse würde, wie gesagt, einen jeden...

Was — um damit abzuschließen — die Frage der Einmischung...

Was — um damit abzuschließen — die Frage der Einmischung
Deutschlands anbelangt, so stehen wir auf dem Standpunkt...

Der Herr Reichskanzler hat dann Ausführungen über die...

Der Herr Reichskanzler hat dann Ausführungen über die
Notwendigkeit gemacht, die Ermöglichung unserer Politik...

Die Selbstständigkeit der Jugendbewegung

Es ist sehr zu begrüßen, dass das Volk ausgiebig ernährt werden
kann. Wenn wir die Jugendbewegung unter den gegenwärtigen...

ein Sozialisierungsprogramm

Es ist sehr zu begrüßen, dass das Volk ausgiebig ernährt werden
kann. Wenn wir die Jugendbewegung unter den gegenwärtigen...

Über es besteht auch noch etwas, das unserer Ueberzeugung...

Über es besteht auch noch etwas, das unserer Ueberzeugung
nach dringend des Eingetretens der Gesamtheit bedarf...

Das Wohnungsproblem

Bei den gegenwärtigen Zuständen hat sich herausgebildet, dass
man den Wohnungsbesitzern selbst während der Kriegszeit...

Es wird unbedingt notwendig sein, aus dieser Halbheit heraus-
zukommen und das gesamte Wohnungsproblem in die Hände...

Dann haben wir selbstverständlich im Interesse der Arbeiter...

Eingriffe in den gesamten industriellen Betrieb

Wir verlangen. Die gegenwärtig bestehenden Gesetze, wie das
Gewerkschaftsgesetz und auch alle Gesetze, die uns heute von...

Erklärungen des Klassenkampfes

Was Herr Dr. Herberichs behauptet hat, dass die Arbeiterklasse
nicht in der Lage ist, den Kampf zu führen, ist eine Behauptung...

lichen Massen, das in irgendeiner Weise gegen die imperialistischen
Bestrebungen, gegen die Kriegsbereitungen der herrschenden...

zur Steuerbefreiung 10 Prozent abgezogen werden.

hat leider der Herr Reichskanzler nicht angeklungen.
Wenn der Herr Reichskanzler und der eine oder andere...

Wenn der Herr Reichskanzler und der eine oder andere
seiner Kollegen nach Spaa geht, werden Sie ja selbstverständlich...

nur durch die internationale Arbeiterkraft

erreicht, und zwar insbesondere durch die Arbeiter Frankreichs,
Englands, Italiens und schließlich auch Amerikas. Die...

Wir haben diesen Frieden der Ausbeutung fremder Völker...

Wir haben diesen Frieden der Ausbeutung fremder Völker
durch die Regende Macht bekämpft, als in Deutschland auf...

einen Scheitern wiederum als ihren Sprecher

Hier in diesem Hause vorzulesen. Nach meiner Ueberzeugung
mühte die sozialdemokratische Partei, ebenso wie sie sich...

Frieden schließt mit der Sowjet-Regierung

und dass sie ihrerseits Verbindungen anknüpft mit Russland, um
wiederholte Beziehungen zwischen Deutschland und Russland...

Reichswehrminister Dr. Gieseler stellt fest, dass die Zeit...

Reichswehrminister Dr. Gieseler stellt fest, dass die Zeit
freiwilligen in Thal damals ein Bestandteil der Reichswehr waren...

Die Unabhängigen außerhalb der Verfassung gestellt.

(Sehr richtig! rechts, Lärm und Gelächter bei den U. Sog.)
Die Reichswehrminister haben eben den Beweis erbracht...

Ein Antrag Schulz und Genossen (Dnat.) auf Einleitung...

Ein Antrag Schulz und Genossen (Dnat.) auf Einleitung
der Untersuchung gegen den deutschnationalen Abgeordneten...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations
Berichts des Verfassungskomitees über Antrag Ledebour...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations
Berichts des Verfassungskomitees über Antrag Ledebour...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations
Berichts des Verfassungskomitees über Antrag Ledebour...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations
Berichts des Verfassungskomitees über Antrag Ledebour...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations
Berichts des Verfassungskomitees über Antrag Ledebour...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations
Berichts des Verfassungskomitees über Antrag Ledebour...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations
Berichts des Verfassungskomitees über Antrag Ledebour...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations...

Der Vorbericht des eingegangenen Interpellations
Berichts des Verfassungskomitees über Antrag Ledebour...